



Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Digitalisierung: Wie gut sind unsere Schulen wirklich ausgestattet? Staatsregierung muss Rede und Antwort stehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über den gegenwärtigen Sachstand der digitalen Ausstattung der Schulen und die damit verbundene Zusammenarbeit mit den kommunalen Schulaufwandsträgern zu berichten.

Konkret geht es um folgende Fragestellungen:

- Zwischenbilanz Bund- bzw. Länder-Programm „Digitale Schule“ – Stand der Umsetzung: Wie viele Mittel wurden von Schulaufwandsträgern bisher beantragt, wie viele bewilligt?
- Zwischenbilanz Bund- bzw. Länder-Programm „Digitale Schule“ – Etwaige Problemstellungen: Was könnte aus Sicht der Staatsregierung besser laufen?
- Zwischenbilanz Sonderleihbudgets für Schüler- und Lehrerendgeräte: Wie viele Mittel wurden jeweils von Schulaufwandsträgern bisher beantragt, wie viele bewilligt? Wie viele Geräte sind vor Ort im Einsatz?
- Sachstandsbericht zu den baulichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen: An wie vielen Schulen gibt es noch kein WLAN oder kein leistungsfähiges (weniger als 32Mbit/s) Internet? Woran liegt das?
- Fahr- respektive Zeitplan: Bis wann und mit welchen Mitteln soll eine vollständige Digitalisierung der Schulen erreicht werden?

Begründung:

Sei es die Bereitstellung digitaler Endgeräte für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer, die Installation von Luftfilteranlagen oder die baulichen und infrastrukturellen Grundvoraussetzungen – die Digitalisierung der Schulen stellt gerade in Zeiten der Pandemie für die Kommunen als Schulaufwandsträger eine enorme Herausforderung dar. Zwar stellen Bund und Land vielfältige Förderinstrumente zur Verfügung, doch die Akquise der Mittel von Sonderleihbudgets über Bund- bzw. Länder-Programme bis hin zu -Mitteln nach dem Finanzausgleichsgesetz gehen selbst mit einer nicht zu unterschätzenden bürokratischen Mehrbelastung kommunaler Verwaltungen einher. Der nur zögerliche Mittelabruf aus dem Bund- bzw. Länder-Programm „Digitale Schule“ ist die Folge.

Angesichts divergierender Auffassungen darüber, wie weit die Digitalisierung unserer Schulen tatsächlich vorangeschritten ist, erscheint es ratsam, dass die Staatsregierung den Mitgliedern des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport Rede und Antwort steht und über den Sachstand der Digitalisierung berichtet. Gerade mit Hinblick darauf, inwieweit die technischen und baulichen Grundvoraussetzungen bayernweit erfüllt sind, wie die Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie zu bewerten ist, wo der Freistaat unterstützend tätig wird, wo ggf. noch nachjustiert werden muss und wie gut die diversen Förderprogramme durch die Kommunen angenommen werden, besteht Klärungs- und Informationsbedarf.